

Referat von Horst Buschalsky beim Deutschen Forstverein
- Jahrestagung 2013 in Wernigerode / Unterharz am 30.5.2013

Seminar 3: Ländlicher Raum

3.3 Strategien für die Forstwirtschaft: Segen oder Fluch?

1. Definition des Begriffes Strategie

Der Begriff „Strategie“ steht heute für ein zielorientiertes ganzheitliches Vorgehen und für einen langfristigen Plan, im Gegensatz zur kurzfristigen Taktik, die ein Teil einer Strategie ist. Im Kontext des modernen Wirtschaftslebens bedeutet dieses, dass Strategie Schwerpunkte setzt und zeigt, auf welche Art und Weise eine Mission zu erfüllen bzw. eine Vision zu erreichen ist.

Anhand dieser Definition ist zu erkennen, dass nur eine generelle Aussage über Strategie getroffen werden kann und eine genaue Definition jeweils situationsspezifisch bzw. individuell erfolgen muss. Es gibt also nicht die Strategie an sich, sondern es gibt sektorale Strategien, die von der jeweiligen Interessenlage, der Aufgabe, dem Umfeld und den Zielen eines Unternehmens oder einer Organisation abhängig sind.

Im Handbuch für Strategiekonzepte steht:

„Strategie ist die Kunst und die Wissenschaft, alle Kräfte eines Unternehmens oder einer Organisation so zu entwickeln und einzusetzen, dass ein möglichst langfristiges Überleben und ein höchstmöglicher Nutzen gesichert werden“.

Eine Strategie ist also zusammenfassend gesagt ein langfristig ausgerichtetes Anstreben eines Zieles unter Berücksichtigung der verfügbaren Mittel und Ressourcen.

Das bisher Gesagte gilt in erster Linie für Unternehmen und Organisationen aus der Wirtschaft. Und da wird es schwierig, wenn es verglichen damit um den Wald geht. Er ist nicht nur ein Wirtschaftsobjekt, sondern er dient gleichermaßen der Schutz- und Erholungsfunktion, das heißt den Interessen der Allgemeinheit.

Und hier tut sich ein erstes Konfliktfeld auf; denn dieser Aspekt berührt unmittelbar die Belange von Waldeigentum und die Interessen der Allgemeinheit, was bei der Formulierung von Strategien zu Problemen führen kann. Stichwort: Waldeigentum versus Sozialpflichtigkeit.

2. Wozu benötigt der Wald Strategien?

Ein Wirtschaftsunternehmen kann unter der vorgenannten Definition sicher über einen langen Zeitraum, vielleicht sogar über eine Generation eine Unternehmensstrategie formulieren. Das ist schon schwierig, aber nicht unmöglich, weil in der Regel in Firmenleitungen und Aufsichtsräten Konsensfähigkeit zu erzielen ist.

Bei dem langlebigen Objekt Wald mit einer Lebensdauer von über 100 Jahren und länger ist das ungleich schwieriger, zumal nicht einige wenige die Strategien formulieren, sondern viele gesellschaftliche Gruppen und politische Akteure. Hier eine Konsensstrategie bei divergierenden Interessen zu erreichen, ist äußerst schwierig.

Aufgrund der Veränderungen in der Gesellschaft und den sich daraus ergebenden Forderungen ist das aber deswegen dringend erforderlich. Denn gelingt es nicht, eine möglichst von allen Gruppen und Akteuren erarbeitete und getragene Waldstrategie aufzustellen, dann wird jede Interessenseite für sich versuchen, eine eigene „Sektoralstrategie“ zu entwickeln und diese durchzusetzen.

Die Waldkonzepte von NABU, BUND und von Greenpeace sind Beispiele dafür. Dieses ist im politischen Raum, in dem Gesetze, Verordnungen und Richtlinien erlassen werden, nicht zielführend; denn dann wird sich stets der durchsetzen, der die jeweilige Mehrheit auf seiner Seite hat. Für ein langlebiges Objekt wie dem Wald ist solch eine Vorgehensweise nicht erstrebenswert.

Leider ist heute festzuhalten, dass wir uns, bezogen auf die Situation zwischen Waldeigentum, Förstern und Umweltverbänden, in einer solchen Situation befinden. Daher ist es dringend erforderlich, dass der Dialog um gemeinsame Waldstrategien unbedingt fortgesetzt wird.

Es mag der Waldseite nicht gefallen, aber die Verhältnisse in Politik und Gesellschaft erfordern dieses.

Der Wald benötigt eine Waldstrategie, um seine vielfältigen Aufgaben und Leistungen, seine Anforderungen und Belastungen durch eine Vielzahl von Faktoren erfüllen und bewältigen zu können, und um diese nach außen zu dokumentieren.

Die Zeit, in der durch zum Beispiel Forsteinrichtungs- und Waldinventurrichtlinien, durch Waldbaurichtlinien, durch Landeswaldprogramme, durch Forstliche Rahmenplanung etc. die Zukunft des Waldes im eigenen forstlichen Umfeld geplant wurde, ist vorbei. Eine moderne, transparente Gesellschaft ohne Autoritäten und Verbindlichkeiten fordert Mitsprache, ob mit oder ohne Fachverstand. Die Waldbesitzer und Förster sind schon lange nicht mehr alleine in ihrem Wald.

Da andere Gruppen und Akteure aus der Gesellschaft mitreden wollen und seitens der Politiker auch mitreden dürfen und sollen, ist das Instrument der Waldstrategien geeignet, die Interessen am und im Wald zu lenken. Dabei wird es sich allerdings oftmals, anders als in der Wirtschaft, um Kompromiss- oder besser um Konsensstrategien handeln.

Nur in denen muss die Waldseite, so wie es andere Waldakteure auch tun, ihre Forderungen überdeutlich, einheitlich, professionell überdeutlich und unmissverständlich formulieren. Wer in diesem Prozess schwächelt hat schon verloren. Hierzu bedarf es allerdings einer größeren Einheitlichkeit auf der Waldseite, mehr als das oftmals zu erleben ist. Die Umweltverbände sind da wesentlich professioneller.

3. Der Weg zu den aktuellen Waldstrategien

Waldeigentümer und Forstleute sehen sich in den letzten Jahren immer größeren Forderungen der Umweltverbände ausgesetzt. Eine Polarisierung zwischen der Nutz- und der Schutzfunktion des Waldes ist, mit stetiger Steigerung seit etwa 20 bis 30 Jahren, ständig größer geworden.

Diese Situation entstand durch Veränderungen in Politik und Gesellschaft. Das sind im Wesentlichen folgende:

1. Zunehmende Verlagerung des Lebensumfeldes vom Land in die Stadt.
2. Übervölkerung und Engstress in den Städten mit psychischer Belastung.
3. Verlust an Naturverbundenheit und dem Wissen über die Abläufe in der Urproduktion von Land- und Forstwirtschaft.
4. Sensibilisierung für Umweltfragen, z.T. gesteuert von Umweltaktivisten.
5. Sorge und Angst vor der Vernichtung der Lebensgrundlagen durch menschlichen Einfluss und natürliche Veränderungen (Gifte, Schadstoffe, Klimawandel)
6. Politischer Handlungsbedarf und –druck.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Otto schrieb 1996: „... Aber wie immer es sei, es bleibt bestehen, dass die Krise des Forstwesens Teil einer Krise des flachen Landes ist. ... Stadt und Land verstehen sich immer weniger. Gleichzeitig gebiert die Großstadt psychologische Bedürfnisse, die wir Forstleute erst langsam beginnen, in ihrem Ausmaß wahrzunehmen. ... Es ist klar, dass diese Leistungen weiter erbracht werden müssen, dass also Holzerzeugung und Naturschutz nicht in demselben Maße zurücktreten können, wie psychologische Bedürfnisse befriedigt werden müssen. Vor dem Hintergrund der urbantechnischen Entwicklung scheint das Zusammenwachsen von Forstwirtschaft und Naturschutz für das nächste Jahrhundert eine wichtige Voraussetzung des Überlebens zu sein.“

Dieses vorausgeschickt, ist festzuhalten, dass mit der Einführung der Forstzertifizierung in den 90iger Jahren und der Haltung einiger Forstvertreter und der Umweltverbände zum FSC-System innerhalb und außerhalb von Waldkreisen ein erheblicher Streit ausgebrochen war. Dieses führte dazu, dass unter anderem im Deutschen Forstwirtschaftsrat das PEFC-System unter dem Motto „Zertifizierung vom Waldeigentum für das Waldeigentum“ geboren wurde.

Der Streit hielt allerdings an, was im Jahr 2001 in Bonn - Bad Honnef zum 1. Deutschen Waldgipfel führte. Ein zweiter folgte allerdings nicht.

Hier wurde erstmalig in Arbeitskreisen und Vortragsreihen gemeinsam zwischen der Waldseite und der Umweltseite verhandelt. Ergebnis war ein „Generationenvertrag für die Zukunft des Waldes“. Er sollte Grundlage für die zukünftige Forstpolitik sein, zur Schaffung von Klarheit über die Rahmenbedingungen für Forstwirtschaft in Deutschland und für den erwarteten und möglichen Beitrag ihrer Partner in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.

Wenn Sie wollen, war das das erste Waldstrategiepapier auf Bundesebene. Zu beachten ist, dass dieses damals im Einvernehmen der Wald- und Umweltakteure verabschiedet worden war!! Vielleicht erinnert sich noch jemand daran. Der Vertrag ist allerdings bereits Geschichte. Das war (erst) vor zwölf Jahren!!

Gleichwohl war diese Veranstaltung ein Anstoß zum Dialog der Akteure, wie schon der 1999 begonnene Runde Tisch „Nationale Forststrategie“ später dann „Nationale Waldstrategie“, aus dem dann die aktuelle „Waldstrategie 2020“ der Bundesregierung hervorgegangen ist.

Mit dieser neuerlichen Initialzündung haben auch einige Bundesländer bereits eigene Waldstrategien formuliert:

- „Wälder für Niedersachsen“,
- „Waldstrategie 2020“ in Sachsen-Anhalt,
- „Holzimpulsprogramm“ in Schleswig – Holstein,
- „Wald im Wandel“ in Thüringen,
- „Waldstrategie 2050“ in Nordrhein – Westfalen.

4. Inhalte aktueller Waldstrategien

Im Wesentlichen gleichen sich die vorliegenden Waldstrategien des Bundes und der genannten Länder hinsichtlich der Begründung für die Aufstellung einer solchen Strategie und bezüglich des Inhalts.

So betonen zum Beispiel die „Waldstrategie 2020“ der Bundesregierung und die Strategie „Wälder für Niedersachsen“ das abnehmende Wissen der Bevölkerung über das Ökosystem Wald und die Zusammenhänge, Leistungen und Erfordernisse nachhaltiger Forstwirtschaft.

Dabei wird hervorgehoben, dass Wissen und Verständnis Voraussetzungen für die Akzeptanz einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Waldbewirtschaftung sind.

Es wird in allen Waldstrategien abgehoben auf eine multifunktionale, naturnahe und nachhaltige Waldbehandlung. Dabei werden folgende Themen auf der Basis Ökonomie, Ökologie und Soziales behandelt:

1. Klimaschutz und Klimaanpassung,
2. Eigentum, Arbeit und Einkommen (Wertschöpfung)
3. Rohstoffe, Verwendung und Effizienz,
4. Biodiversität und Waldnaturschutz,
5. Waldbau,
6. Jagd,
7. Schutz von Boden und Wasserhaushalt,
8. Erholung, Gesundheit und Tourismus,
9. Forschung, Bildung, Verbraucheraufklärung.

Zur Erarbeitung der Waldstrategien wurden auch regelmäßig alle Akteure am und im Wald beteiligt, was am Ende nicht immer erfolgreich war.

Auf Bundesebene zum Beispiel gab es eine Anhörung, in der die Umweltseite die „Waldstrategie 2020“ scharf kritisierte und in Niedersachsen versagten am Ende nach langen, zähen Verhandlungen die Umweltverbände aus grundsätzlichen Überlegungen heraus, die Unterzeichnung der Strategie „Wälder für Niedersachsen“.

5. „Waldzukünfte“ (Forschungsprojekt 2008) vom Institut für Forst- und Umweltpolitik in Freiburg

Bei der Formulierung und Veröffentlichung von Waldstrategien ist aus heutiger Sicht unklar, wie lange sie Gültigkeit besitzen und in welchen Zeitabständen sie nachgebessert oder verändert werden müssen.

Ist es tatsächlich gelungen, eine gemeinsame Strategie aller Waldakteure zu erreichen, ist auch unklar, welche Konsequenzen das unter Umständen auf die Gesetzgebung, die Verordnungen und Richtlinien im Bund und den Ländern hat und wie das bei einem politischen Wechsel kurzfristig verändert oder neu „justiert“ wird.

Daher ist es bei einer längerfristigen Strategiebetrachtung unerlässlich, die forstliche Wissenschaft zu beteiligen, um die Strategieziele auf sachlicher, emotionsloser, ideologiefreier und von den eigenen Interessen und Bedürfnissen befreite Diskussionsbasis stellen zu können.

Ein sehr gutes Beispiel hierfür ist das Projekt **„Waldzukünfte: Herausforderungen für eine zukunftsfähige Waldpolitik in Deutschland 2100“**, welches vom Institut für Forst- und Umweltpolitik im Ergebnis 2008 vorgelegt und vom Bundeswissenschafts- und -forschungsministerium sowie vom Forschungszentrum in Jülich gefördert wurde.

Das Projektergebnis geht von verschiedenen Fragestellungen aus:

Wie wird unser Wald in hundert Jahren aussehen?

Wozu wird Holz in Zukunft genutzt und verarbeitet werden?

Wie wird der Klimawandel unseren Wald verändern?

Wie lässt sich eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder entwerfen?

Wie kann es gelingen, mit der jetzt vorzunehmenden

Weichenstellung auch den Ansprüchen zukünftiger

Generationen gerecht zu werden?

Es ist natürlich unmöglich, sich gedanklich in eine Zeit hineinzusetzen, die deutlich jenseits des eigenen Lebens liegt.

Anhand von drei Szenarien wird auf der Grundlage von Trends, Entwicklungsparametern und Prognosen versucht, die Frage zu beantworten, wie es gelingen kann, mit jetzt vorzunehmenden Entscheidungen eine zukunftsweisende, multifunktionale Nachhaltigkeit bei der Waldbehandlung, die allen Ansprüchen in der Regel gerecht werden kann, zu etablieren.

Das erste Szenario läuft unter der Prämisse „Weiter so: der moderierende Staat“, das zweite unter der Prämisse „Im Zeichen der Nachhaltigkeit: der proaktiv regulierende Staat“ und das dritte unter der Prämisse „Vertrauen auf Marktkräfte: der deregulierende Staat“.

Danach werden acht Herausforderungen für eine zukunftsfähige Waldpolitik unter der Betrachtung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Verhältnisse analysiert und beschrieben.

Zusammenfassend stellen die Autoren fest:

„Das Forschungsprojekt „Waldzukünfte“ ermutigt, einen diskursiv vermittelten Weg von dem partikularen „Wir“ der verschiedenen Interessengruppen zu einem umfassenden „Wir“ einer Gemeinschaft aus waldinteressierten Staatsbürgern zu bahnen“

Die Autoren haben mit dem Ergebnis des Projektes eine von allen Interessen unabhängige Waldstrategie vorgelegt, die sicher nicht bis zum Jahr 2100 so eintrifft und irgendwann einer Überarbeitung bzw. Nachsteuerung bedarf, aber der Reiz dieser Studie liegt in ihrer wissenschaftlichen Neutralität bzw. Unabhängigkeit.

6.) Schlussbetrachtung

Die Frage war: „Sind Waldstrategien Segen oder Fluch?“

Sieht man sich die Entwicklung vom 1. Deutschen Waldgipfel und dem ersten Runden Tisch im Rahmen der „Nationalen Waldstrategie“ an, so muss festgestellt werden, dass eine Waldstrategie nur soviel wert ist, wie sie einen breiten Konsens aller Waldakteure sowie im gesellschaftlichen und politischen Raum findet. Die Waldseite muss deshalb mit der Umweltseite und allen anderen Akteuren im und um den Wald weiterhin den Dialog führen.

Ständig neue Waldstrategien in kurzen Abständen sind allerdings nicht zielführend und verwirren die Zielgruppen in der Bevölkerung.

Wald- und Forststrategien können also Fluch sein, wenn sie politisch missbraucht werden, um nicht konsensuale Interessen durchzusetzen, die dann zum Beispiel negativen Einfluss auf das Waldeigentum und die gesellschaftlichen Interessen haben.

Sie können aber Segen sein, wenn sie – wie aufgezeigt – vernünftig, sachlich fundiert, in breitem Konsens aller Beteiligten, vernünftig und zielorientiert eingesetzt werden, um gleichsam als „Roter Faden“ in einer gestaltenden und dynamischen Wald- und Forstpolitik zu dienen.

Vor diesen Herausforderungen stand auch der Berghauptmann Hanns-Carl von Carlowitz vor 300 Jahren, als er den Begriff der Nachhaltigkeit formulierte und definierte; denn die Interessenlage seiner Zeitgenossen divergierte, zwar in einer anderen Weise als heute, sehr stark zu seinen Vorstellungen von einer nachhaltigen Waldbehandlung. Und dabei ging es von Carlowitz, nicht nur ausschließlich, aber zunächst um die Holzversorgung für den Silberbergbau im Erzgebirge. Davon lebte nämlich sein Souverän August der Starke.